

Anstiftung zur Revolution

I.

Arbeitnehmerrechte und erträgliche Arbeitsbedingungen mussten seit der Industrialisierung in zahllosen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und den politischen Gegnern mühselig und mit großem Einsatz von den Gewerkschaften erkämpft werden.

Aber immer noch sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Entscheidungen – ob produziert wird, wo produziert wird, was produziert wird und wie produziert wird – weitgehend ausgeschlossen.

Demokratische Entscheidungsstrukturen gibt es in den Betrieben bis heute nicht!

Warum eigentlich nicht?

Nur durch Arbeit werden Werte geschaffen,
Produkte hergestellt und Dienstleistungen erzeugt!

Kapital allein schafft gar nichts!

Aber Geldverleiher in den Banken und Kapitalbesitzer als Investoren entscheiden völlig eigenmächtig über die Verwendung der Profite.

Warum ist das so?

Warum geschieht das ohne Beteiligung der Menschen, die Gewinne erst möglich machen?

Warum dürfen die Beschäftigten nicht mitbestimmen über die Verwendung des von ihnen erarbeiteten Kapitals – beispielsweise ob, wo und wozu investiert wird und wie die Profite verteilt werden?

Es gibt keine überzeugende Rechtfertigung dafür, dass Kapitalbesitzern mehr Macht zugestanden wird als den Menschen, die mit ihrem Kopf und mit ihren Händen die Werte erst schaffen.

Warum lassen wir uns diesen Zustand gefallen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es in diesem Land eine grundsätzliche Verständigung über die Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit gegeben.

Danach sollten sich Arbeit und Kapital in Betrieb und Gesellschaft auf „gleicher Augenhöhe“ begegnen. Der Staat verpflichtete sich zu einer Politik des Interessenausgleichs.

Zu dieser Politik gehörten:

- die Tarifautonomie,
- das Konzept der betrieblichen Mitbestimmung
- sowie die paritätische Finanzierung und Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.

Bis zur Wirtschaftskrise in den Jahren 1974/75 wurde der Sozialstaat als historische Errungenschaft betrachtet. Deutschland galt damals als Mutter- und Musterland des Wohlfahrtsstaates.

Die soziale Marktwirtschaft wurde als Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit ausgegeben. Aber kann Marktwirtschaft – nach dem Prinzip: den größtmöglichen Erfolg mit dem geringsten Aufwand zu erzielen – überhaupt sozial sein?

II.

Die so genannten Volksparteien haben sich inzwischen konzeptionell und in ihrer politischen Praxis längst vom Prinzip der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit und dem damit verbundenen Gesellschaftsentwurf verabschiedet.

Das Prinzip der Eigenfinanzierung des Sozialstaates soll durch die abhängig Beschäftigten und ihre Unterordnung unter die allgemeinen Wettbewerbszwänge ersetzt werden. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück.

Der Faktor Arbeit soll das gewünschte Ausmaß an Sozialstaatlichkeit selbst finanzieren. Die Entlastung der Wirtschaft gehört zu den Hauptzielen dieser neuen „Sozialpolitik“.

Es besteht die Formel:

Kapital geht vor Arbeit -
und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit vor sozialer Sicherheit.

Täglich werden die Menschen von der Propaganda der Herrschenden mit Hilfe der Sprache vergewaltigt!

Zur Erinnerung:

Im Wahlkampf haben Spitzenpolitiker von CDU/CSU und FDP fast jeden Tag behauptet:

Sozial ist, was Arbeit schafft!

Aber was ist sozial?

Wenn ein Unternehmer erst bei einem Stundenlohn von zwei oder drei Euro Arbeitsplätze anbietet – ist das dann sozial?

Oder ist es etwa sozial, wenn Konzerne gar keine Steuern mehr zahlen müssen oder von Beiträgen zu den Sozialversicherungen befreit sind und erst unter diesen Voraussetzungen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen?

Das neoliberale Standard- bzw. Standortargument gegen den Sozialstaat lautet, dieser gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft, etwa durch zu hohe Lohnnebenkosten.

Mit der Propaganda der Konzerne und Unternehmerverbände wird der Eindruck erweckt, Lohnnebenkosten müssten fürs Nichtstun bezahlt werden. Deshalb dürfe es aus ihrer Sicht eigentlich auch nur Lohnzahlungen für geleistete Arbeit geben.

Das Gegenteil ist aber der Fall: Der gesamte Lohn, einschließlich der so genannten Lohnnebenkosten, beruht auf nichts anderem als auf Arbeit, welche die Beschäftigten geleistet haben und immer noch leisten. Auch der „Arbeitgeberbeitrag“ zur Sozialversicherung ist ausschließlich ein Arbeitnehmerbeitrag! Die Beschäftigten erarbeiten arbeitsteilig nicht nur ihren Lohn; sie erarbeiten auch alle Einnahmen der Sozialversicherung und alle Überschüsse einschließlich des gesellschaftlichen Mehrwertproduktes in vollem Umfang selbst!

Die Behauptung, die Arbeitskosten seien in Deutschland zu hoch, ist völlig ohne Wert. Die richtige Bemessungsgröße sind die Lohnstückkosten, die sich aus dem Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität ergeben.

Der Anstieg der Lohnstückkosten von 1995 bis 2004 in Deutschland betrug gerade mal 2,5 Prozent, während er in der Europäischen Union (25 Mitgliedstaaten) bei durchschnittlich 17,2 Prozent lag. Auch die USA verzeichnen mit 15,7 Prozent einen wesentlich höheren Anstieg der Lohnstückkosten, als er in Deutschland gegeben war. Warum sind wir auch sonst Exportweltmeister?

III.

Fast der gesamte Zuwachs unseres Volkseinkommens des Jahres 2004 von immerhin 45 Milliarden Euro floss in Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Den Produktivitätszuwachs der Jahre 2000 bis 2004 in Höhe von fünf Prozent je Erwerbstätigenstunde eigneten sich zum größten Teil die Besitzer von Unternehmens- und Vermögenseinkommen an. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sind im gleichen Zeitraum gesunken.

Trotzdem fordern Vermögensbesitzer und ihre Propagandisten weiteren Sozialabbau. In der Folge der sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz müsse der Standort Deutschland entschlackt und der Sozialstaat „verschlankt“ werden, wolle man die internationale Konkurrenzfähigkeit und das erreichte Wohlstandsniveau halten.

Es wird so getan, als beeinträchtige das Soziale die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

In einem Leitartikel der Wochenzeitung *Die Zeit* wird behauptet:

„Der Sozialstaat, einst Stolz der Westdeutschen, ist bald nicht mehr zu bezahlen. Der Sozialstaat ist unsozial geworden. Er versagt, weil er zuviel verspricht. Er belastet den Faktor Arbeit, schafft Arbeitslosigkeit.“

Manche Journalistinnen und Journalisten benutzen manipulative Methoden, wenn es ihnen darauf ankommt, „Sozialkriminalität“ zu skandalisieren und in einer Art zu präsentieren, die den Wohlfahrtsstaat als „Selbstbedienungsladen für Arbeitsscheue“ erscheinen lässt.

Tatsache aber ist:

Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist trotz ganz erheblicher Zusatzbelastungen durch die deutsche Vereinigung, regionale Ungleichgewichte, die Massenarbeitslosigkeit und hohe Transferleistungen von West nach Ostdeutschland, heute nicht höher als Mitte der 1970er Jahre!

Die Bundesrepublik ist – entgegen dem allgemeinen Bewusstsein wie den dominierenden Medienbildern – keineswegs der großzügigste europäische Sozialstaat, sondern hinsichtlich der Leistungsgewährung unter den 15 alten EU-Ländern höchstens im Mittelfeld zu finden.

Die Horrorvision vom Gefälligkeitsstaat ist pure Ideologie!

Aber was sind die Gründe für den Propagandafeldzug gegen die in unserer Verfassung verbriefte Sozialstaatlichkeit?

Die Gründe liegen in der Unersättlichkeit der Kapitalbesitzer.

Es wird fast täglich behauptet, die Arbeit in Deutschland sei zu teuer. Es lohne sich nicht, in Arbeitsplätze zu investieren.

Deshalb fordern Investoren

- längere Arbeitszeiten ohne Bezahlung,
- Verzicht auf Tarifrrechte,
- betriebliche Bündnisse für Arbeit zur Umgehung von Tarifverträgen und zur Entmachtung von Gewerkschaften,
- Entlastung des Faktors Arbeit von so genannten Lohnnebenkosten.
- Das heißt im Prinzip:
geringere Löhne und Befreiung der Unternehmer von Sozialabgaben.

Löhne sind aber nicht nur Kosten, sondern auch Einkommen.
Wer Lohnkosten senkt, reduziert auch Einkommen und damit Nachfrage.

Steigende Massenarbeitslosigkeit, höhere Mehrwertsteuer, stärkere Beteiligung von Patienten an den Gesundheitskosten und geringere Renten bedeuten: Menschen mit wenig Einkommen können sich immer weniger leisten. Das hat Kaufkraftschwund zur Folge, also geringeren Umsatz vor allem im Einzelhandel!

IV.

Regierungen und Parlamente beschließen Steuersenkungen für Betriebe und Kapitalbesitzer in der Hoffnung, dass dann wieder in Arbeitsplätze investiert wird.

Aber es wird von Konzernen und großen Unternehmen nur investiert, wenn die Renditen für den Kapitaleinsatz weiter steigen!

Tatsache ist: Nicht die Arbeit ist zu teuer, sondern das Kapital!

Einige Beispiele:

Die 500 größten börsennotierten Unternehmen Europas haben im Jahr 2004 Überschüsse in Höhe von insgesamt 366 Milliarden Euro erzielt. Im Jahr zuvor waren es 247 Milliarden Euro.

Nun vagabundieren diese Profite zusätzlich auf den Kapitalmärkten.

Ihre Besitzer können diese Riesensummen nicht konsumieren.
Sie erwarten auch für diesen Kapitaleinsatz mindestens eine ebenso hohe Rendite wie zuvor.

Und das bedeutet:

Produktionskosten, insbesondere Arbeitskosten, müssen noch weiter sinken, weil entsprechende Produktionssteigerungen wegen fehlender Nachfrage nicht erreichbar sind, die Profiterwartungen jedoch erfüllt werden sollen.

Das ständig wachsende Kapital in den Händen relativ weniger Menschen steigt immer weiter an.

Das führt zu Spekulationen auf den Kapitalmärkten, und es wird in den großen Betrieben nur noch investiert, wenn der Profit annähernd so hoch ist wie im Schnitt bei den Finanzspekulationen.

V.

Unser Staat hat auch deshalb 1.400 Milliarden Euro Schulden, weil er sich durch Steuererleichterungen für die Reichen selbst arm gemacht hat. Und für diese Schulden muss er derzeit jährlich ca. 80 Milliarden Euro Zinsen zahlen.

Die Unternehmen haben noch einmal doppelt so viele Schulden, und immer mehr Privathaushalte sind überschuldet.

Insgesamt wandern jährlich über 300 Milliarden Euro – das ist mehr als das Volumen des Bundeshaushalts - von den arbeitenden Menschen zu den Vermögensbesitzern!

Unter den hundert reichsten Menschen in Deutschland gibt es Leute wie die Brüder Albrecht, Besitzer der Lebensmittelkette Aldi, oder den Boss von Bertelsmann, Reinhard Mohn, oder die Frau Klatten aus der Familie Quandt, die t ä g l i c h (!) mehr als ein oder zwei Millionen Euro Zinsen für das von ihnen eingesetzte Kapital kassieren, ohne die geringste Gegenleistung!

Der Wahnsinn hat Methode!

Das ohnehin ständig wachsende Kapital der großen Vermögensbesitzer soll weltweit 20 bis 40 Prozent Rendite bringen.

Das ist das Ziel vermögender Investoren, beispielsweise der großen amerikanischen Fondsgesellschaften.

Wer immer noch glaubt, Arbeitsplätze könnten durch Verzichte und Anpassungen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden erhalten oder geschaffen werden, hat die Brutalität des kapitalistischen Systems nicht verstanden.

Die Zwänge der Kapitalverwertung wachsen ständig und fordern stets neuen Sozialabbau.

Die Berichte und Kommentare in den Medien dazu sind oft an Dummheit kaum zu überbieten, oder sie werden womöglich als Propaganda bezahlt.

Es ist bedrückend, wie wenig über die Realitäten und Folgen der Diktatur des Profits informiert wird.

Lassen sich etwa wachsende Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Bildungsnotstand und Entsolidarisierung unserer Gesellschaft durch hohe Kapitalrenditen rechtfertigen?

VI.

Was ist zu tun?

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei:

Die neoliberalen Versprechungen bleiben unerfüllt, obwohl Politiker fast aller Parteien immer wieder Hoffnungen zu wecken versuchen.

Auch die Agenda 2010 ist politisch, wirtschaftlich und sozial erfolglos geblieben. Weder Wirtschaftswachstum noch Beschäftigungsaufbau sind erreicht worden.

Nach gewerkschaftlicher Überzeugung sind folgende Sofortmaßnahmen nötig:

1. Die abhängig Beschäftigten brauchen mehr Kündigungsschutz!
Das Kündigungsschutzgesetz muss um eine verbindliche Regelung ergänzt werden, die den Abbau von Arbeitsplätzen zur Steigerung der Gewinne aus „dringenden wirtschaftlichen Gründen“ verbietet.

Im Betriebsverfassungsgesetz muss der Betriebsrat ein Einspruchsrecht bei betriebsbedingten Kündigungen erhalten.

2. Mehr Beschäftigungsmöglichkeiten können im Wesentlichen nur durch kürzere Arbeitszeiten geschaffen werden. Neben einer geringeren Wochenarbeitszeit ist der Abbau von Überstunden dringend erforderlich!

Um zu verhindern, dass für die Beschäftigten bei Verkürzung der gesetzlichen bzw. tariflichen Wochenarbeitszeit die Nettoeinkommen sinken, müssen sie bei der Lohnsteuer nachhaltig entlastet werden. Der Nettolohn muss gesichert werden. Zum Ausgleich müssen Gewinn- und Vermögenssteuer angehoben werden.

3. Das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen muss durch eine Umlagefinanzierung erheblich verbessert werden. Außerdem muss die berufliche Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems gesetzlich verankert werden.

4. Notwendig sind tarifliche Einkommenssteigerungen, die Reallöhne und -gehälter nicht nur sichern, sondern spürbar erhöhen.

Es muss gesetzlich gesichert werden, dass Dividenden für Aktionäre prozentual nicht höher sein dürfen als die tariflichen Einkommenssteigerungen der Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens.

5. Dringend verbesserungsbedürftig ist die materielle Absicherung von Arbeitslosen.

6. ver.di und IG Metall haben ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Einfachsteuer vorgelegt. Gefordert werden unter anderem ein Grundfreibetrag von 8.000 Euro, ein Eingangssteuersatz von 15 Prozent und eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Außerdem müssen eine Steuer auf Vermögen über 500.000 Euro eingeführt werden und eine stärkere Besteuerung von großen Erbschaften erfolgen.

7. Damit die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zukunftsfest wird, ist die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung unverzichtbar. Alle abhängig Beschäftigten, aber auch Freiberufler, Selbstständige, Parlamentarier und Beamte müssen in die Sozialsysteme einbezogen werden.

8. Schließlich muss ein Europäisches Sozialmodell entwickelt werden. Dazu gehören

- eine europaweit koordinierte Beschäftigungspolitik und
- europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen auf der Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen sowie
- soziale Grundrechte und Mindeststandards, einschließlich des Rechts auf grenzüberschreitende Aktionen der Gewerkschaften.

9. Immer wieder wird behauptet, dass der Faktor Arbeit durch steigende Kosten unzumutbar belastet wird.

Es gibt eine Alternative, die von der Politik bislang ignoriert wird.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Sozialleistungen ist eine solche Alternative. Der Unternehmerbeitrag wird bei diesem Konzept auf eine Wertschöpfungsabgabe umgestellt. Bezugsbasis dieser Abgabe ist die gesamte Wertschöpfung des Unternehmens. Das heißt, zusätzlich zu den versicherungspflichtigen Löhnen und Gehältern werden auch die Gewinne, Zinsen, Mieteinnahmen, Abschreibungen und Pachten erfasst.

Es soll nicht mehr allein die Lohnsumme, sondern die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zum Gradmesser werden.

Tatsache ist:

Alle Unternehmen, die überwiegend Rationalisierungsinvestitionen vornehmen und Beschäftigte entlassen, entziehen sich immer mehr ihrer Beteiligung an der Finanzierung der Sozialsysteme.

Notwendig ist deshalb eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage. Dadurch könnten verstärkt solche Unternehmen zur Kasse gebeten werden, die ihren Profit mit geringerem Personalaufwand erzielen.

VII.

Zur Erinnerung:

An jedem Arbeitstag werden zurzeit in Deutschland bis zu 2.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet, weil die Renditeerwartungen der Investoren nicht erfüllt werden.

Fast zwei Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren in unserem Land vor allem durch Konzerne vernichtet worden.

Seit fünf Jahren sinken die Reallöhne. Man sieht das auch den Konzerngewinnen an: Sie haben allein im ersten Halbjahr 2005 um durchschnittlich 22 Prozent zugelegt.

Von 1980 bis 2003 stiegen Lohnsteuer und Sozialabgaben von rund 33 Prozent der Bruttolohnkosten auf 39 Prozent. Die steuerliche Belastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen (durch Körperschafts- und Gewerbesteuer, anteilige Einkommensteuer, Kapital- und Zinsabschlagsteuer, Vermögen- und Erbschaftsteuer, Grund- und Grunderwerbsteuer) aber fiel in diesem Zeitraum von ursprünglich ebenfalls 33 Prozent auf 16 Prozent.

Diese Entwicklung steht im Gegensatz zur Entwicklung in den meisten Industriestaaten, die zwar nominale Steuersätze für Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen absenkten, zugleich jedoch die Bemessungsgrundlage deutlich ausweiteten und dadurch höhere Steuererträge realisierten.

Deutschland hat im internationalen Vergleich die niedrigsten Steuern auf Vermögensbestände. In kaum einem anderen Land gibt es so viele legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung.

Trotzdem fordern Unternehmer und ihre wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Hilfstruppen ständig weitere Steuersenkungen.

VIII.

Fast alle abhängig Beschäftigten haben Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und den gravierenden Folgen. Bis tief in die Mittelschicht hinein fürchten die meisten Menschen den Absturz in die Armut.

Auch gut verdienende Angestellte und Facharbeiter, Ingenieure und Führungskräfte im mittleren Management mit einem Nettoeinkommen von beispielsweise monatlich 3.000 oder 4.000 Euro müssen in der Regel nach zwölfmonatiger Arbeitslosigkeit Bedürftigkeit nachweisen, um mit 345 Euro plus Wohngeld monatlich vom Staat unterstützt zu werden.

Die abhängig Beschäftigten haben oft jahrzehntelang mehr Beiträge in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingezahlt, als sie während ihrer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit zurück erhalten.

Die ständige Sorge vor der Zerstörung ihrer materiellen Lebensgrundlagen macht Menschen grundsätzlich erpressbar.

Und die Erpressung funktioniert mit der Drohung von Arbeitsplatzverlusten. Es gehört inzwischen zum Alltag in sehr vielen Betrieben, von den Beschäftigten Verzichte zu fordern. Eine der zahlreichen Parolen aus Politik und Wirtschaft lautet:

Es ist besser, die Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltsausgleich zu verlängern als den Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Propaganda läuft auf Hochtouren. Doch trotz aller Verzichte der Beschäftigten steigt die Arbeitslosigkeit weiter.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Ihre betrieblichen und tariflichen Zugeständnisse wecken auf der Kapitalseite immer neue Begehrlichkeiten. Im Bemühen um die Erhaltung der Arbeitsplätze sind die Arbeitnehmer einem unmenschlichen Konkurrenzverhältnis ausgeliefert.

Wer sein persönliches Armutsrisiko einschränken will, unterwirft sich dem Diktat der Betriebswirtschaft. Die dadurch hervorgerufene Entsolidarisierung unter den Arbeitnehmern wird die gesellschaftlichen Verhältnisse gravierend verändern.

Aber es gibt keinen Grund für die Unterwerfung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter die Prinzipien des Kapitals.

In vielen Teilen der Welt protestieren und demonstrieren Millionen Menschen gegen die Herrschaft des Kapitals. In Italien und Frankreich fanden in jüngster

Zeit mehrfach Generalstreiks gegen die Wirtschaftspolitik der Regierungen statt.

Auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland müssen endlich gegen Kürzungen, Streichungen und Entlassungen in den Ausstand treten!

Mit der Politik des Neoliberalismus kann und darf es keine Kompromisse geben!

Der gemeinsame Kampf gegen die Diktatur des Profits ist unverzichtbar!

So sind Gewerkschaften einmal entstanden. Und so entstehen auch heute noch Gewerkschaften unter schwierigsten Bedingungen in der so genannten Dritten Welt.

Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Erfahrungen ignorieren, werden sie auch in den reichen Ländern in Zukunft unter den Bedingungen der armen Länder leben müssen.

Es gibt nur einen Ausweg:

Die Profitwirtschaft muss durch eine demokratische Wirtschaftsordnung ersetzt werden! Proteste und Opposition gegen die neoliberale Politik sind wichtig. Aber sie reichen nicht aus.

Franz Kersjes

Literaturempfehlungen

Christoph Butterwegge
Krise und Zukunft des Sozialstaates
VS Verlag für Sozialwissenschaften
240 Seiten, 22,90 Euro

Das Buch erklärt die Hintergründe der Krise des Sozialstaates und entwickelt Alternativen zur gegenwärtig in Deutschland betriebenen Sozialpolitik.

Heinz-J. Bontrup
Arbeit, Kapital und Staat
Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft
PapyRossa Verlag, 424 Seiten, 24,80 Euro

Zur Befriedigung seiner Gewinnansprüche drängt das neoliberal entfesselte Kapital auf eine noch ungleichere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Eine willfährige Politik ist ihm dabei zu Diensten und überlässt die Entwicklung den „Selbsteilungskräften des Marktes“. In der Auseinandersetzung damit rückt Heinz Bontrup die Alternative in den Mittelpunkt: Eine demokratische Wirtschaft, die der allgemeinen Wohlfahrt dient und nicht den Reichtum der kleinen Schicht noch erhöht. „Argumente gegen das neoliberale Einerlei: Der Ökonom hat eine umfassende Kritik der neoliberalen Wirtschaftspolitik zusammengetragen. Bleibt zu hoffen, dass möglichst viele sich auf das Buch einlassen. Sie werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt.“ (Frankfurter Rundschau)